

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Stichtagsbezogene Gesamtbelegung des Vollzugs in Nordrhein-Westfalen und jeweiliger Anteil der Untersuchungshaft 1970-1995 ...	47
Tabelle 2: Stichtagsbezogene Belegung des Vollzugs in Nordrhein-Westfalen (nur Straf- und U-Haft, Sicherungsverwahrung) sowie jeweiliger Anteil der Untersuchungshaft - Entwicklung von 1990-1995 -	49
Tabelle 3: Anteil der Personen mit Untersuchungshaft an den Abgeurteilten insgesamt sowie an den Verurteilten (ohne Straftaten im Straßenverkehr) - Entwicklung in Nordrhein-Westfalen von 1976-1994 -	57
Tabelle 4: Gerichtlich verurteilte Erwachsene und Berichtsaufträge (Neuzugänge) an die Gerichtshilfe - Zahlen aus Nordrhein-Westfalen, 1980-1994 -	76
Tabelle 5: Prozentualer Anteil der der Gerichtshilfe in Strafverfahren erteilten Aufträge an den insgesamt erteilten Berichtsaufträgen in Nordrhein-Westfalen - Strafverfahren insgesamt und Strafverfahren vor Anklageerhebung 1984-1994 -	124
Tabelle 6: Berichtsneuzugänge in Strafverfahren bei den einzelnen Gerichtshilfen des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 1991 - Nominalzahlen und jeweiliger Anteil an allen Berichtsneuzugängen in Prozent -	125
Tabelle 7: Bisherige Beauftragung der nordrhein-westfälischen Gerichtshilfen als Haftentscheidungshilfe (ohne zeitliche Eingrenzung) sowie in Fällen mit Untersuchungshaft (begrenzt auf das Jahr 1989)	132
Tabelle 8: Die Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen - geschichtet von großstädtischer zu ländlicher Prägung -	144
Tabelle 9: Die Quantität der Untersuchungshaft bei den Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1989 - geschichtet von hohen zu geringeren Verhaftungsquotienten -	145
Tabelle 10: Verfahren mit im Jahre 1989 begonnenen Untersuchungshaftfällen von Erwachsenen bei den Erhebungsstaatsanwaltschaften.....	149

Tabellenverzeichnis	17
Tabelle 11: Die ausgewerteten Untersuchungshaftakten nach Erst- und Ersatzziehungen	150
Tabelle 12: (Nicht-)Ermittelte und ausgewertete Beinahe-Haftfälle bei den Untersuchungsstaatsanwaltschaften	153
Tabelle 13: Die ausgewerteten Verfahrensakten - Art, Anzahl und regionale Verteilung	154
Tabelle 14: Grundgesamtheit, Stichprobe und Interviewbereitschaft der befragten Berufsgruppen	161
Tabelle 15: Grad des Nachforschungsaufwands der Ermittlungsbehörden in ausgewählten haftrelevanten Ermittlungsbereichen im Hinblick auf das Vorliegen von Haftgründen - Fälle in Prozent	176
Tabelle 16: Befragungen von Personen aus dem sozialen Umfeld des Beschuldigten vor erstmaligem (Nicht-)Erlaß des Haftbefehls in Zusammenhang mit einem (möglichen) Haftgrund - Fälle in Prozent	177
Tabelle 17: Wissensstand der Entscheidungsträger bei der ersten Haftentscheidung und am Verfahrensende - Aufgeklärte Fakten aus dem persönlich-sozialen Bereich des Beschuldigten	179
Tabelle 18: Im Haftbefehl bzw. Haftbefehls-Antrag benannte Haftgründe	183
Tabelle 19: Deliktsstruktur bei Verkündung/Ablehnung des Haftbefehls - Unter quantitativem Aspekt ausgewählte Delikte - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich	189
Tabelle 20: Im Haftbefehl/Haftbefehlsantrag aufgeführte ideal- und/oder real-konkurrierende Delikte - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich	191
Tabelle 21: Verteilung der staatsanwaltlichen Anklageerhebungen auf die sachlich zuständigen Gerichte - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich	194
Tabelle 22: Ausgang des Verfahrens nach der schwersten verhängten Sanktion - Die Stichprobe im Vergleich mit den bundesdeutschen und nordrhein-westfälischen Strafverfolgungsstatistiken des Jahres 1989	197
Tabelle 23: Ausgang des Verfahrens nach der schwersten verhängten Sanktion - Haftfälle und Sofortaussetzungen im Vergleich	200
Tabelle 24: Vorstrafenbelastung in Haft- und Beinahe-Haftfällen - Kenntnisstand bei Erlaß/Ablehnung des Haftbefehls und am Verfahrensende	203

Tabelle 25: Schwerste bisher verhängte Sanktionen - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich -	204
Tabelle 26: Die Beschuldigten in den Untersuchungsgruppen - aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Alter und Nicht-Deutschen -	208
Tabelle 27: Ausbildung, berufliche Situation und Einkommen der Beschuldigten - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich -	211
Tabelle 28: Örtliche und private Bindungen der Beschuldigten - Haft- und Beinahe-Haftfälle im Vergleich -	214
Tabelle 29: Dauer der Untersuchungshaft - Die Stichprobe und die im Jahre 1989 in Nordrhein-Westfalen beendeten Untersuchungshaftfälle im Vergleich -	219
Tabelle 30: Dauer der Untersuchungshaft und Verfahrensausgang	222
Tabelle 31: Dauer der Untersuchungshaft und Höhe verhängter Freiheitsstrafen ..	223
Tabelle 32: Aussetzung des Haftbefehls und nachfolgende Entwicklung des Verfahrens - Sofort- und spätere Aussetzungen im Vergleich -	227
Tabelle 33: Dauer des Verfahrens von der Festnahme bis zur Verkündung des erstinstanzlichen Urteils - Fälle mit und ohne Haftverschonung im Vergleich -	229
Tabelle 34: Umfang der Begründung der Haftbefehle - Berechnung in Zeilen -	234
Tabelle 35: Hauptkriterien zur Begründung von Fluchtgefahr	237
Tabelle 36: Mit der „Erwartung einer hohen Strafe“ begründete Fluchtgefahr und Berechtigung dieser Prognose am Verfahrensende - Art und Dauer der verhängten Freiheitsstrafen -	238
Tabelle 37: Sonstige mit Fluchtgefahr begründete Haftbefehle - Art und Dauer der verhängten Freiheitsstrafen -	238
Tabelle 38: Geschlecht, Alter und Dauer der Berufstätigkeit der Befragten - Vergleich der Berufsgruppen -	249
Tabelle 39: Staatsanwälte und Richter als Auftraggeber der Gerichtshilfe im Jahre 1992	254
Tabelle 40: HEH/HVH als derzeitige Aufgaben der Gerichtshilfe - Einschätzung durch Staatsanwälte und Haftrichter im Vergleich	268

Tabelle 41: Haftentscheidungshilfe - Staatsanwälte und Haftrichter als Auftraggeber der Gerichtshilfe bei Kenntnis der Auftragsmöglichkeit (Filter 1) und gleichzeitiger Annahme gegenwärtiger organisatorischer Durchführbarkeit (Filter 2) -	275
Tabelle 42: Haftvermeidungshilfe - Staatsanwälte und Haftrichter als Auftraggeber der Gerichtshilfe bei Kenntnis der Auftragsmöglichkeit (Filter 1) und gleichzeitiger Annahme gegenwärtiger organisatorischer Durchführbarkeit (Filter 2) -	276
Tabelle 43: Angaben der Gerichtshelfer zur Häufigkeit ihrer Beauftragung durch Staatsanwälte und Richter	290
Tabelle 44: HVH durch Gerichtshilfe im Urteil ihrer nach ausgewählten Merkmalen differenzierten potentiellen Auftraggeber	304
Tabelle 45: HEH durch Gerichtshilfe im Urteil ihrer nach ausgewählten Merkmalen differenzierten potentiellen Auftraggeber	305
Tabelle 46: Die Zusammensetzung der Kontrastgruppen gegenüber der übrigen und der Gesamt-Gruppe nach Berufen	308
Tabelle 47: Kriminalpolitische Aussagen allgemeinerer Art sowie zur Haftpraxis - Signifikante Abweichungen im Antwortverhalten entsprechend dem Beruf der Befragten -	314
Tabelle 48: Beschuldigtengruppen, bei denen der Einsatz der Gerichtshilfe als HEH/HVH besonders sinnvoll erscheint - Anteil der Nennungen in den Berufsgruppen -	328

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Untersuchungsgefangene - Entwicklung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen - Stichtagszahlen im Vollzug 1970-1995	45
Abbildung 2: In der Strafverfolgungsstatistik aufgeführte Abgeurteilte und andere Personen mit Untersuchungshaft - Entwicklung in Nordrhein-Westfalen - 1976-1994	51
Abbildung 3: Abgeurteilte insgesamt und Personen mit Untersuchungshaft, jeweils einschließlich sowie ohne Straftaten im Straßenverkehr - Entwicklung in Nordrhein-Westfalen von 1976-1994 - (Absolutzahlen umgerechnet in Prozent, 1976=100).....	53
Abbildung 4: Erwachsene Untersuchungsgefangene - Stichtagsbezogene Entwicklung in Nordrhein-Westfalen von 1970-1995 - (Absolutzahlen umgerechnet in Prozent, 1970=100).....	59
Abbildung 5: Erwachsene in Untersuchungshaft - Entwicklung der Belegung in Nordrhein-Westfalen - Stichtagszahlen 1991-1995.....	61
Abbildung 6: Nach Verfahrensabschnitten geordnete Entwicklung der Berichtsaufträge an die Gerichtshilfe in Nordrhein-Westfalen - Neuzugänge von 1980-1994 in Prozent -	78
Abbildung 7: Deliktsstruktur der Stichprobe bei Verkündung/Ablehnung des Haftbefehls - Unter quantitativem Aspekt ausgewählte Delikte -...	187
Abbildung 8: Deliktsstruktur bei den Abgeurteilten und anderen Personen mit Untersuchungshaft in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1989/1990 - Unter quantitativem Aspekt ausgewählte Delikte -	187
Abbildung 9: Die Arbeitszeit der Gerichtshelfer im Jahre 1992 in den einzelnen Arbeitsfeldern	252
Abbildung 10: Informationsstand der Juristen der Strafjustiz im Zeitpunkt der Entscheidung über den Erlass eines Haftbefehls - Einschätzung durch die Gerichtshelfer in Prozent -.....	256

Abbildung 11: Einschätzung des eigenen Informationsstands in ausgewählten Bereichen durch Staatsanwälte und Haftrichter im Zeitpunkt der Entscheidung über den Haftbefehl	258
Abbildung 12: Erfahrungen mit HEH/HVH durch Gerichtshilfe - Vergleich der Berufsgruppen in Prozent ^{a)} -	264
Abbildung 13: Gründe organisatorischer Art für die begrenzte Befassung der Gerichtshilfe im Ermittlungsverfahren - Einschätzung durch Staatsanwälte und Haftrichter -	271
Abbildung 14: Durchführbarkeit von HEH und HVH durch die Gerichtshilfe unter den derzeitigen organisatorischen Rahmenbedingungen - Beurteilung durch die Berufsgruppen -	272
Abbildung 15: Bei verstärkter Befassung der Gerichtshilfe als HEH/HVH erwartete organisatorische Probleme - Einschätzungen der Berufsgruppen hinsichtlich ausgewählter Vorgaben -	274
Abbildung 16: Die Stellung der Gerichtshilfe aus der Sicht der Berufsgruppen	280
Abbildung 17: Erschwerung und Verzögerung des Entscheidungsprozesses bei Mitwirkung der Gerichtshilfe als Motiv geringer Beauftragungsquoten im Ermittlungsverfahren	281
Abbildung 18: Das Ausmaß der durch die Polizei im Ermittlungsverfahren beschafften Informationen im Urteil von Staatsanwälten und (Haft-)Richtern	282
Abbildung 19: Zur Beurteilung der Arbeit der Gerichtshilfe im Ermittlungsverfahren durch Staatsanwälte und Haftrichter unter ausgewählten Gesichtspunkten	285
Abbildung 20: Das Verhältnis zur Gerichtshilfe - Selbsteinschätzung von Staatsanwälten und Haftrichtern im Vergleich zu Angaben der Gerichtshelfer über das Verhalten dieser Personengruppen ihnen als Gerichtshelfer gegenüber -	288
Abbildung 21: Die Tätigkeitsbereiche der Gerichtshilfe nach ihrer Wichtigkeit - Einschätzungen der Berufsgruppen im Vergleich -	292
Abbildung 22: Ausgewählte kriminalpolitische Fragen zur Untersuchungshaft - Die Antworten im Vergleich der Berufsgruppen -	295

Abbildung 23: Die Einstellung der Berufsgruppen zu U-Haft-Vermeidung im Allgemeinen sowie zu HVH und HEH durch Gerichtshilfe im Besonderen.....	298
Abbildung 24: (Nicht-)Zustimmungsquotient zu ausgewählten Aussagen zur Gerichtshilfe, HEH/HVH und Untersuchungshaft - Staatsanwälte und Haftrichter im Vergleich -	302
Abbildung 25: Einstellungsunterschiede bei kriminalpolitischen Aussagen zur Praxis der Untersuchungshaft - Pro- und Contra-Gruppe im Vergleich zu den übrigen Befragten -	309
Abbildung 26: Einstellungsunterschiede bei allgemeinen kriminalpolitischen Aussagen - Pro- und Contra-Gruppe im Vergleich zu den übrigen Befragten -	311
Abbildung 27: Einstellungsunterschiede bei kriminalpolitischen Aussagen zur Praxis der Untersuchungshaft - Pro- und Contra-Gruppe (ohne Gerichtshelfer) im Vergleich zu den übrigen Befragten -	315
Abbildung 28: Einstellungsunterschiede bei allgemeinen kriminalpolitischen Aussagen - Pro- und Contra-Gruppe (ohne Gerichtshelfer) im Vergleich zu den übrigen Befragten -	316
Abbildung 29: Faktoren zur Erklärung des Antwortverhaltens der Interviewten auf die Frage: „Halten Sie es für sinnvoll, die Gerichtshilfe verstärkt als HEH und HVH einzusetzen?“	318
Abbildung 30: Faktoren zur Erklärung des Antwortverhaltens der Interviewten (ohne Haftrichter) auf die Frage: „Halten Sie es für sinnvoll, die Gerichtshilfe verstärkt als HEH und HVH einzusetzen?“	319
Abbildung 31: Bevorzugte Funktionen der Gerichtshilfe bei bestehender/drohender Untersuchungshaft - Urteil der Berufsgruppen im Vergleich -	325

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alter Fassung
Abb.	Abbildung(en)
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
Abs.	Absatz
ADG	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Gerichtshelfer
AE	Alternativentwurf
AG	Arbeitsgruppe
AK	Alternativkommentar
AktO	Aktenordnung
ÄndG	Änderungsgesetz
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
Art.	Artikel
ASJ	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen
Aufl.	Auflage
AV	Allgemeine Verfügung
Az.	Aktenzeichen
BAG-S	Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe
Bd.	Band
BewHi	Fachzeitschrift für Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe
BGBI.	Bundesgesetzblatt

BGH	Bundesgerichtshof
BR	Bundesrat
BRD, Bund	Bundesrepublik Deutschland
BResoG	Bundesresozialisierungsgesetz
BT	Bundestag
BtM	Betäubungsmittel
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
BZR	Bundeszentralregister
bzw.	beziehungsweise
ca.	cirka
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
d.	des
d.h.	das heißt
DAV	Deutscher Anwaltsverein
DBH	Deutsche Bewährungshilfe
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dez	Dezernat
DM	Deutsche Mark
Drs.	Drucksache
DT	Detmold
DVJGJGH, DVJJ	Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen
e. V.	eingetragener Verein
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch

Eil	Eildienst, Vorführdienst
Erl.	Erlaß
f.	folgende
FDP	Freie Demokratische Partei
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemeinsamer
ggf.	gegebenenfalls
GH	Gerichtshelfer, Gerichtshilfe
GnO	Gnadenordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HB	Haftbefehl
HEH(n)	Haftentscheidungshilfe(n)
HRi	Haftrichter
Hrsg.	Herausgeber
HVH(n)	Haftvermeidungshilfe(n)
i.e.S.	im engen Sinn
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiten Sinn
IKV	Internationale Kriminalistische Vereinigung
ISS	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JGH	Jugendgerichtshilfe
JM, JuM	Justizminister
JMBL.	Justizministerialblatt
JR	Juristische Rundschau
JSG	Gesetz über die Sozialarbeiter der Justiz (Baden-Württemberg)

JuS	Juristische Schulung
JVA	Justizvollzugsanstalt
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
Kat.	Kategorie
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KK	Karlsruher Kommentar zur Strafprozeßordnung
KKW	Kleines Kriminologisches Wörterbuch
KrimJ	Kriminologisches Journal
KrimPäd	Kriminalpädagogische Praxis
KrimSozBibl.	Kriminalsoziologische Bibliographie
ländl.	ländlich(er)
LG	Landgericht
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
LR	Löwe-Rosenberg
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
mbH	mit beschränkter Haftung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MinBl.	Ministerialblatt
Mönchengladb.	Mönchengladbach
MRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Menschenrechtskonvention)
MschrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
n.s.	nicht signifikant
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Neue Kriminalpolitik
Nr.	Nummer
NRW, NW	Nordrhein-Westfalen

NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
OLG	Oberlandesgericht
PC	Personalcomputer
PDB	Paderborn
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
PKW	Personenkraftwagen
RdErl.	Runderlaß
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
Rn.	Randnummer
RT	Reichstag
RV	Rundverfügung
S.	Seite, Satz
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
Sig.	Signifikanz(berechnung)en
SK	Systematischer Kommentar
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA	Staatsanwalt, Staatsanwälte, Staatsanwaltschaft
städt.	städtisch(er)
StGB	Strafgesetzbuch
StPÄG	Strafprozeßänderungsgesetz
StPO	Strafprozeßordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum
StV	Strafverteidiger
SZ	Süddeutsche Zeitung
Tab.	Tabelle
Tb.	Teilband
TOA	Täter-Opfer-Ausgleich
U-	Untersuchungs-
U-Haft	Untersuchungshaft

u.	und
u.a.	unter anderem, und andere
u.ä.	und ähnliches
u.U.	unter Umständen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.	von, vom
Var.	Variable
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VV	Verwaltungsvorschriften
z.B.	zum Beispiel
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

A. Notwendigkeit und Ziel der Arbeit

I. Untersuchungshaft: Streitbefangenes Problemfeld seit über einem Jahrhundert

Die Kritik an der Untersuchungshaft ist fast so alt wie unsere Strafprozeßordnung¹. Pointiert bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts (1906) als "das trübste Kapitel in der deutschen Strafrechtspflege" bezeichnet², fällt kurz vor dessen Ausklang eine ebenso knapp resümierende Bewertung der Untersuchungshaft hierzulande kaum anders aus: "Untersuchungshaft - Stiefkind der Justiz" lautet nämlich plakativ der Titel eines 1995 erschienenen Sammelbandes³. Ohne aufwendig abgelegenes Schrifttum durchforsten zu müssen, finden sich vergleichbare Beurteilungen auch im Zeitraum zwischen diesen Eckdaten. So erachtete man im Jahre 1925 das in dem Zitat von 1906 zum Ausdruck kommende "harte Urteil...auch heute noch im wesentlichen zutreffend"⁴ und konstatierte in der Mitte des Jahrhunderts, daß "der Ruf nach einer Reform des Gesetzes und nach Änderung seiner praktischen Anwendung...niemals verstummt" sei⁵. Der eingangs des Jahrhunderts geprägten Formulierung wurde in den 80er Jahren "nach wie vor" Gültigkeit attestiert⁶, auch wenn die ursprüngliche Aussage nunmehr unter der Überschrift "Untersuchungshaft: Die

¹ H. Schöch, 1987d, S. 9; J.-M. Jehle, 1985, S. 4 m.w.N.

² So der Berliner Rechtsanwalt Hugo Heinemann, 1906, S. 520. Weitere kritische Stimmen aus jener Zeit - nicht allein von Rechtsanwälten, sondern auch von Staatsanwälten und Richtern - sind zusammengestellt bei W. Rosenberg, 1906, S. 339 f.

³ R. Reindl/W. Nickolai/G. Gehl (Hrsg.), 1995. Im Vorwort, S. 7, weisen die Herausgeber darauf hin, daß schon 1882 Franz von Liszt die Untersuchungshaft als "Stiefkind der Justiz" bezeichnet habe. Als "Stiefkind der Strafjustiz" markierte sie H. Müller-Dietz, 1984, S. 87, und F. Dünkel, 1985, S. 334, resümierte, daß diese Bezeichnung "nahezu einhelligem Konsens entsprechen" dürfte.

⁴ W. Rosenberg, 1925, S. 1446.

⁵ H. Dahs, 1959, S. 505.

⁶ J. Wolter, 1981, S. 452.

vergessene Reform" - zeitgeschichtlich aktueller gefaßt - als "eines der dunkelsten Kapitel bundesdeutscher Strafrechtspflege" bezeichnet wurde⁷.

Die Kritik an dieser "Freiheitsberaubung gegenüber einem Unschuldigen"⁸ spart dabei weder die rechtliche Regelung⁹ noch den Vollzug der Untersuchungshaft¹⁰, der häufig als das gegenüber dem Strafvollzug größere Übel klassifiziert wird¹¹, aus. In erster Linie wendet sie sich jedoch gegen die Art und Weise ihrer Handhabung¹², die - auf eine griffige Formel gebracht - von zu raschen, zu häufigen und zu lange andauernden Verhaftungen bestimmt sei¹³. Indem diese vor Jahrzehnten ebenso wie heute¹⁴ als unverhältnismäßig gebrandmarkte Praxis der Untersuchungshaft als "Krebsschaden des Ermittlungsverfahrens"¹⁵ diagnostiziert wird, ist über das Testat gegenwärtiger Gefährdung hinaus, eine - ohne erfolgreiche Therapie - für den Rechtsstaat ungünstige Entwicklung prognostiziert. Schließlich macht gerade die Art und Weise, wie mit der sensiblen Materie der Untersuchungshaft im Alltag umgegangen wird, das rechtspolitische Klima eines Landes erspürbar. Recht und Wirklichkeit der Untersuchungshaft werden deshalb immer wieder in das Bild des Seismographen gebracht, der selbst leichteste Veränderungen überdeutlich registriert¹⁶. Da sich am Gebrauch der Untersuchungshaft "die Punitivität

⁷ H. Isola, 1987, S. 32.

⁸ W. Hassemer, 1984, S. 40.

⁹ Siehe hinsichtlich der Kritik an den über die Flucht, Flucht- und Verdunkelungsgefahr hinausgehenden Haftgründen die Zusammenstellung bei M. Gebauer, 1987a, S. 11 f.; nach J. Wolter, 1981, S. 452 sind die Regeln der U-Haft "von Grund auf reformbedürftig", und M. Seebode, 1989, S. 122, spricht von einer "ungewöhnlich hohen 'Ineffektivitätsquote' der §§ 112 ff. StPO"; bzgl. Kritik an der rechtlichen Regelung des Untersuchungshaftvollzuges vgl. auch M. Seebode, 1985.

¹⁰ H. Müller-Dietz, 1984, S. 79 f.; M. Seebode, 1989, S. 120 m.w.N. in Fn. 38 f.; siehe auch die Beiträge in H. Schöch (Hrsg.), 1987c; F. Dünkel/A. Rosner (Hrsg.), 1982, S. 27 f.; K.P. Rotthaus, 1973, S. 2271; international vergleichend G. Kaiser, 1993, S. 23 f.

¹¹ Siehe H. Müller-Dietz, 1991, S. 234; M. Seebode, 1987, S. 17 f.; vgl. dazu jüngst die Beiträge von P.P. Wentz, B. Wild, H. Reh, R. Spiegel und H. Seibert in: R. Reindl/W. Nickolai/G. Gehl (Hrsg.), 1995.

¹² So H.-H. Jescheck, 1962, S. 66; M. Seebode, 1991, S. 169; H. A. Engelhard, 1986, S. 360; U. Eisenberg/F. Tóth, 1993, S. 293 f.

¹³ Vgl. jüngst R. Schlothauer/H.-J. Weider, 1996, Rn. 5 f.; siehe bereits H.-H. Jescheck, 1962, S. 66, sowie zur Diskussion in den 80er Jahren Brüssow, 1983, S. 115, und R. Schlothauer, 1984, S. 48.

¹⁴ J.-M. Jehle, 1992, S. 350.

¹⁵ B. Schünemann, berichtet bei T. Weigend, 1981, S. 1285.

¹⁶ Vgl. etwa H. Schöch, 1987a, S. 992, und K.-L. Kunz, 1994, § 23 Rn. 55.

einer Gesellschaft ablesen" lasse¹⁷, erscheine deren Ausgestaltung als "Spiegelbild der jeweiligen Auffassung des Verhältnisses von Staat zum Bürger"¹⁸. Denn der für das Strafverfahren ohnehin typische Konflikt zwischen dem Staat und dem einer Straftat Beschuldigten kulminiert auf dem Gebiet der Untersuchungshaft, dieser Schnittstelle zwischen staatlichen Strafverfolgungsinteressen und Freiheitsrechten des einzelnen¹⁹. Bevor kein rechtskräftiges Urteil gesprochen ist, steht der Eingriffsbefugnis des Staates die aus dem Rechtsstaatsprinzip in Verbindung mit dem grundrechtlichen Persönlichkeitschutz abgeleitete, in Art. 6 Abs. 2 MRK ausformulierte Unschuldsvermutung gegenüber²⁰. In Konsequenz dessen ist

"die volle Entziehung der persönlichen Freiheit durch Einschließung in eine Haftanstalt ein Übel, das im Rechtsstaat grundsätzlich nur dem zugefügt werden darf, der wegen einer gesetzlich mit Strafe bedrohten Handlung rechtskräftig verurteilt worden ist. Diese Maßnahme schon gegen einen einer Straftat lediglich Verdächtigen zu ergreifen, kann nur in *streng begrenzten Ausnahmefällen* zulässig sein..."²¹.

Untersuchungshaft darf nur angeordnet werden,

"wenn und soweit der legitime Anspruch der staatlichen Gemeinschaft auf vollständige Aufklärung der Tat und rasche Bestrafung des Täters *nicht anders gesichert werden kann* als durch vorläufige Inhaftierung eines Verdächtigen"²².

Wenn Richter gleichwohl - nach Schätzungen, die vor Öffnung der osteuropäischen Grenzen und der deutschen Wiedervereinigung angestellt wurden - jährlich zwischen 35000 und 50000 Menschen einweisen, die Untersuchungshaft damit die am häufigsten angeordnete und vollzogene Freiheitsentziehung ist²³, sind Zweifel angebracht, ob diese in der Praxis tatsächlich, wie vom

¹⁷ M. Walter, 1995, S. 99.

¹⁸ F. W. Krause, 1978, S. 75.

¹⁹ Siehe zur verfassungsrechtlichen Situation ausführlich W. Hetzer, 1983, S. 47 f.; unter eher alltagspraktischen Gesichtspunkten vgl. J. Benfer, 1990, S. 89 f.

²⁰ BVerfGE 19, 342 f., (347); 22, 254 f., (265); 35, 311 f., (320); 74, 358 f., (370); BVerfG NJW 43 (1990), 2741 f., (2741); vgl. ausführlich H.-U. Paeffgen SK-StPO, vor § 112 Rn. 21 f. m.w.N.

²¹ BVerfGE 19, 324 f., (347), Hervorhebung von H.G.; siehe auch die Formulierung "Ausnahme" bei G. Wendisch LR-StPO, § 112 Rn. 58.

²² BVerfGE 19, 342 f., (347); 20, 45 f., (49); 20, 144 f., (147), Hervorhebung von H.G.

²³ Siehe M. Seebode, 1991, S. 171 m.w.N. in Fn. 10 und 11; G. Koop, 1988, S. 10, ging von jährlich bis zu 60000 Untersuchungsgefangenen aus. G. Kaiser KKW, 1974, S. 330, sprach gar von 70000 Untersuchungsgefangenen pro Jahr. Die Begründetheit solcher Annahmen ergibt sich jedenfalls zum Ende der 80er Jahre aus der Antwort des Bundesministers der Justiz vom 28.3.1990 auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion